

RECHTSSCHUTZANTRAG

<p>von der Mitgliedsgewerkschaft auszufüllen</p> <p>Aktenzeichen Gewerkschaft: _____</p>
--

I. Persönliche Daten

Name:	geb. am:
Adresse:	
Telefon (privat):	Fax (privat):
Telefon (dienstl.):	
Telefon Mobil:	E-Mail (privat):

II. Angaben zum Status:

Dienstherr/Arbeitgeber (Name und Anschrift):		
<input type="checkbox"/> Beschäftigte/r	<input type="checkbox"/> Beamter/Beamtin	
Entgeltgruppe:	Besoldungsgruppe:	
	Amts-/Dienstbezeichnung:	
<input type="checkbox"/> Vollzeit (_____ Wochenstunden)	<input type="checkbox"/> Teilzeit (_____ von _____ Wochenstunden)	
<input type="checkbox"/> Rentner/in	<input type="checkbox"/> Ruhestandsbeamter/in	
<input type="checkbox"/> Bundesbedienstete/r	<input type="checkbox"/> Landesbedienstete/r	<input type="checkbox"/> Kommunalbedienstete/r

III. Angaben zum Rechtsschutzantrag:

Rechtsschutz	<input type="checkbox"/> Beratungsrechtsschutz	<input type="checkbox"/> Beratungs- und Verfahrensrechtsschutz
Rechtsschutz wird gewünscht im:	<input type="checkbox"/> Arbeitsrecht	<input type="checkbox"/> Strafrecht
	<input type="checkbox"/> Dienstrecht	<input type="checkbox"/> Sozialrecht
		<input type="checkbox"/> sonstiges Zivilrecht (Schadensersatz, Schmerzensgeld o.ä.)
Fristsache <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein	Fristende (falls bekannt):	
Was ist das Rechtsschutzziel , welche Ansprüche sollen durchgesetzt werden?		
<p>Beschreibung des zu Grunde liegenden Sachverhalts (Was ist bisher passiert?) ggf. gesondertes Blatt verwenden:</p> <p>Die den Rechtsschutzfall betreffenden wesentlichen Unterlagen sind beizufügen (siehe Checkliste).</p>		

Mitglied bei: Eintrittsdatum: Mitgliedsantrag vom: * * Angabe nur erforderlich, wenn Mitgliedschaft weniger als 12 Monate besteht	<p>Rechtsschutz gewährt von einer Mitgliedsgewerkschaft oder einem Landesbund des dbb beamtenbund und tarifunion gem. §§ 2 und 3 der dbb Satzung</p> Datum, Stempel und Unterschrift Mitgliedsgewerkschaft
--	--

Erklärung / Einwilligung des Einzelmitglieds zum Rechtsschutzantrag:

Ich bin Mitglied bei:

seit (Eintrittsdatum TT/MM/JJ):

Bei Strafverfahren: ein behördlicher Antrag

 wurde gestellt wird gestellt

Private Rechtsschutzversicherung besteht

 ja nein

Hiermit verpflichte ich mich, im Falle einer erfolgreichen Vollstreckung die vom dbb beamtenbund und tarifunion verauslagten Verfahrens- und Vollstreckungskosten an den dbb beamtenbund und tarifunion zu erstatten.

Sofern mir ein Kostenerstattungsanspruch für vom dbb beamtenbund und tarifunion verauslagte Kosten entsteht, bin ich verpflichtet, den daraus resultierenden Betrag an den dbb beamtenbund und tarifunion zu zahlen. Dieselbe Pflicht besteht in Bezug auf nichtverbrauchte Gerichts- und Kostenvorschüsse, z. B. in Fällen

- der Mandatsniederlegung,
- des Entzugs oder der Nichtweitergewährung gewerkschaftlichen Rechtsschutzes oder
- der sonstigen (vorzeitigen) Verfahrensbeendigung.

Der dbb beamtenbund und tarifunion erhebt im Auftrag seiner Mitgliedsgewerkschaften zum Zwecke der Durchführung des Rechtsschutzes Daten. Hierzu ist er auf Grund der gesetzlichen Bestimmungen berechtigt. Sie haben jederzeit die Möglichkeit zu erfahren, welche Daten wir erhoben haben. Auf das mögliche Beschwerderecht hinsichtlich der Datenerhebung weisen wir Sie hin. Beschwerden nimmt der/die Datenschutzbeauftragte des dbb beamtenbund und tarifunion unter datenschutz@dbb.de entgegen. Darüber hinaus steht Ihnen ein Beschwerderecht bei der/dem Landesdatenschutzbeauftragten Ihres Landes zu. Die Adresse erfahren Sie unter www.bfdi.bund.de. Weitere Informationen erhalten Sie unter: www.dbb.de/servicebereich/datenschutz.html.

Mit der Weitergabe des Schriftverkehrs, der im Rahmen der Rechtsschutzgewährung anfällt, an meine Mitgliedsgewerkschaft bzw. an den zuständigen Landesbund bin ich entsprechend § 8 Abs. 4 und 5 der Rahmenrechtsschutzordnung für den dbb beamtenbund und tarifunion und seine Mitgliedsgewerkschaften einverstanden.

Ich habe von den Hinweisen zum dbb Rechtsschutz und zur Datenverarbeitung in den dbb Dienstleistungszentren, insbesondere von der Pflicht zur Auskehrung des Kostenerstattungsanspruchs bzw. des nicht verbrauchten Gerichtskostenvorschusses an den dbb beamtenbund und tarifunion Kenntnis genommen und bin hiermit einverstanden.

 Ort, Datum

 Unterschrift Einzelmitglied

E-Mail-Korrespondenz

Ich wünsche die Übersendung des gesamten Schriftwechsels in meinem Rechtsschutzfall per E-Mail und erteile hiermit meine Einwilligung, dass der dbb beamtenbund und tarifunion, das zuständige Dienstleistungszentrum und meine Fachgewerkschaft mit mir und untereinander per E-Mail korrespondieren und Unterlagen übersenden. dbb beamtenbund und tarifunion, das zuständige Dienstleistungszentrum und meine Fachgewerkschaft nutzen den Standard Transport Layer Security (TLS) als Transportverschlüsselung von E-Mails. Sofern mein Provider es unterstützt, werden die E-Mails auf dem Weg vom E-Mailserver des dbb zu meinem Provider verschlüsselt übersandt. Es handelt sich hierbei nicht um eine Ende-zu-Ende-Verschlüsselung, die E-Mails liegen unverschlüsselt auf den E-Mailservern des dbb und meines Providers. Mir ist bekannt, dass ich meine Einwilligung jederzeit widerrufen kann. Ich erhalte dann den Schriftwechsel per Post.

 Ort, Datum, Unterschrift

Für die Bearbeitung Ihres Rechtsschutzantrags und die dadurch notwendige Verarbeitung Ihrer persönlichen Daten benötigen wir Ihre Einwilligung nach Art. 6 Abs. 1 lit. a), lit. f) DS-GVO i.V.m. Art. 7 Abs. 1 DS-GVO. Dazu einige Informationen:

1. Wer ist für die Datenverarbeitung verantwortlich?

Verantwortlich für die Datenverarbeitung ist der

Bayerische Beamtenbund e.V. (BBB)
Lessingstr. 11/ II, 80336 München
Tel. 089 / 552588-0, Fax. 089 / 552588-50
E-Mail: bbb@bbb-bayern.de
www.bbb-bayern.de

2. Wer ist Datenschutzbeauftragte?

Datenschutzbeauftragte ist

Corinna Henkel (BBB)
Lessingstr. 11/ II, 80336 München
Tel. 089 / 552588-0, Fax. 089 / 552588-50, E-Mail: corinna.henkel@bbb-bayern.de

3. Welche Datenkategorie nutzt der BBB als rechtsschutzgewährende Stelle und woher stammen diese?

Zu den verarbeiteten Kategorien personenbezogener Daten gehören insbesondere die nur durch Ihre Mitgliedsgewerkschaft aufgrund der Übersendung Ihres Rechtsschutzantrags übermittelten Stammdaten (Name, Vorname, Namenszusätze, Staatsangehörigkeit, Gewerkschaftszugehörigkeit sowie deren Beginn und Mitgliedsnummer), Kontaktdaten (Anschrift, (Mobil-)Telefonnummer, E-Mail-Adresse (dienstlich / privat), Faxnummer, sowie Ihre/n Arbeitgeber/in bzw. Dienstherrn/in. Gleiches gilt für Ihre Amts- bzw. Berufsbezeichnung sowie alle weiteren Daten und Unterlagen, die dem BBB mit Ihrem Rechtsschutzgesuch übermittelt wurden.

4. Für welche Zwecke und auf welcher Rechtsgrundlage werden Daten verarbeitet?

Die Datenverarbeitung dient dem BBB ausschließlich der Durchführung Ihres Rechtsschutzvorgangs um seine Aufgaben als rechtsschutzgewährende Stelle erfüllen zu können. Die vorrangige Rechtschutzgrundlage hierfür ist Artikel 6 Abs. 1 lit. a) DS-GVO sowie die Rechtschutzordnung des BBB in der jeweils gültigen Fassung. Ihre gesonderte Einwilligungserklärung gemäß Artikel 7 Abs. 1 DS-GVO wird hier als datenschutzrechtliche Erlaubnisvorschrift herangezogen.

5. Wer bekommt Ihre Daten?

Innerhalb des BBB erhalten nur die Mitarbeiter Ihre personenbezogenen Daten, die diese zur rechtlichen Bearbeitung Ihrer Rechtsschutzangelegenheit benötigen. Für die weitere Abwicklung und Durchführung Ihrer Rechtsschutzangelegenheit bedient sich der BBB der Dienstleistungszentren (DLZ) des dbb. Hierfür erhält das zuständige DLZ Ihren Datensatz übermittelt. Die DLZ sind hinsichtlich der Datenverarbeitung rechtlich selbstständig. Des Weiteren erfolgt innerhalb des

Zeitraums der Rechtsschutzgewährung ein Austausch mit Ihrer Fachgewerkschaft. Eine Übermittlung der Daten in ein Drittland ist nicht vorgesehen.

6. Dauer der Speicherung bzw. Löschung personenbezogener Daten

Wir speichern Ihre personenbezogenen Daten für die o.g. Zwecke (siehe Nr. 4). Ihre Daten werden erstmals ab dem Zeitpunkt der Erhebung, soweit uns Ihre Fachgewerkschaft diese mitteilt, verarbeitet. Wir löschen Ihre personenbezogenen Daten, wenn die Rechtsschutzgewährung beendet ist, sämtliche gegenseitigen Ansprüche erfüllt sind und keine anderweitigen gesetzlichen Aufbewahrungspflichten oder gesetzlichen Rechtfertigungsgründe für die Speicherung bestehen. Dabei handelt es sich unter anderem um Aufbewahrungspflichten aus dem Bürgerlichen Gesetzbuch. Das bedeutet, dass wir spätestens nach Ablauf der gesetzlichen Aufbewahrungspflicht, in der Regel zehn Jahre nach Beendigung der Rechtsschutzangelegenheit, Ihre personenbezogenen Daten löschen. Es kann vorkommen, dass personenbezogene Daten für die Zeit gespeichert werden, in der Ansprüche gegen uns, bzw. in denen wir Ansprüche gegen Dritte geltend machen können (gesetzliche Verjährungsfristen von drei oder bis zu dreißig Jahren).

7. Informationen über Ihre Rechte

Bei Fragen oder Beschwerden zum Datenschutz können Sie sich gerne an die Datenschutzbeauftragte des BBB wenden. Sie können unter der o.g. Adresse (Nr. 1) Auskunft (Art. 15 DS-GVO) über die zu Ihrer Person gespeicherten Daten verlangen. Darüber hinaus können Sie unter bestimmten Voraussetzungen die Berichtigung (Art.16 DS-GVO) oder die Löschung (Art. 17 DS-GVO) Ihrer Daten verlangen. Ihnen kann weiterhin ein Recht auf Einschränkung der Verarbeitung Ihrer Daten (Art.18 DS-GVO) sowie ein Recht auf Datenübertragbarkeit (Art. 20 DS-GVO) zustehen. Eine erteilte Einwilligung in die Verarbeitung personenbezogener Daten können Sie jederzeit uns gegenüber schriftlich widerrufen. Dies gilt auch für den Widerruf von Einwilligungserklärungen, die vor der Geltung der DS-GVO uns gegenüber erteilt worden sind. Der Widerruf gilt erst für die Zukunft. Verarbeitungen, die vor dem Widerruf erfolgt sind, sind davon nicht betroffen. Sie haben das Recht, aus Gründen, die sich aus Ihrer besonderen Situation ergeben, jederzeit gegen die Verarbeitung Sie betreffender personenbezogener Daten, die aufgrund von Artikel 6 Abs. 1 lit f) DS-GVO (Datenverarbeitung auf der Grundlage einer Interessenabwägung) erfolgt, schriftlich Widerspruch bei der Geschäftsstelle des BBB einzulegen, Art. 21 DS-GVO. Legen Sie Widerspruch ein, werden wir Ihre personenbezogenen Daten nicht mehr verarbeiten, es sei denn, wir können zwingende schutzwürdige Gründe für die Verarbeitung nachweisen, die Ihre Interessen, Rechte und Freiheiten überwiegen, oder die Verarbeitung dient uns der Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen.

Darüber hinaus haben Sie die Möglichkeit, sich mit einer Beschwerde an eine Datenschutzaufsichtsbehörde zu wenden.

Die für uns zuständige Datenschutzaufsichtsbehörde ist:

Bayerisches Landesamt für Datenschutzaufsicht (BayLDA)
Promenade 27, 91522 Ansbach
Telefon: +49 (0) 981 53 1300, Telefax: +49 (0) 981 53 98 1300
E-Mail: poststelle@lda.bayern.de

Der Widerspruch ist zu richten an:

Bayerischen Beamtenbund e.V.,
Lessingstr. 11/ II, 80336 München,
E-Mail: bbb@bbb-bayern.de

Einwilligung zum Datenschutz

Nach Kenntnisnahme der Datenschutzinformationen willigt die/der Unterzeichnende in die Verarbeitung ihrer/seiner personenbezogenen Daten zu den genannten Bedingungen ein.

_____, den _____

Unterschrift des rechtsschutzsuchenden Mitglieds

Anerkennung der Rechtsschutzordnung

Die/der Unterzeichnende erklärt hiermit, die Rechtsschutzordnung des BBB nach Kenntnisnahme als verbindlich anzuerkennen.

_____, den _____

Unterschrift des rechtsschutzsuchenden Mitglieds